



BERICHT DES KOLLEGIUMS DER RECHNUNGSPRÜFER

Sehr geehrte Mitglieder des Kammerrats!

Am 10. November 2023 um 11.00 Uhr hat sich das Kollegium der Rechnungsprüfer der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen versammelt.

Anwesend sind dott. Peter Glier, dott.ssa. Giorgia Daprà, dott.ssa Katrin Teutsch sowie der Vizegeneralsekretär der Handelskammer, dott. Luca Filippi.

Das Kollegium hat den folgenden Bericht für den Kammerrat verfasst.

Sehr geehrte Kammerräte!

Das Kollegium der Rechnungsprüfer hat den Entwurf des Voranschlags für das Geschäftsjahr 2024 überprüft, den es am 06.11.2023 vom Kammerausschuss erhalten hat

und schickt voraus, dass

- der Voranschlag unter Berücksichtigung der Grundsätze der Einheit, der Vollständigkeit, des wirtschaftlichen und des vermögensrechtlichen Ausgleichs, der Jährlichkeit, der Wahrheit und der Spezialisierung erstellt wurde;
- das Dokument auf Grund von privatrechtlichen Buchhaltungsprinzipien erstellt wurde, die die den Kammerräten vorgelegten Daten somit besser verständlich erscheinen lässt;
- mit Beschluss Nr. 14 vom 22. November 2018 der Kammerrat die finanziellen Ressourcen für das Mehrjahresprogramm 2019-2023 beschlossen hat. In Erwartung der Genehmigung des neuen Mehrjahresprogramms durch den Kammerrat wird der vorliegende Voranschlag provisorisch erstellt und bei Notwendigkeit an das zu genehmigende Mehrjahresprogramm angepasst.
- das genannte Buchhaltungsdokument im Sinne der Artikel 6 und 7 des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 254 vom 2. November 2005 verfasst worden ist;



- das Dokument mit den vom Dekret des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 27. März 2013 vorgesehenen Dokumenten ergänzt worden ist;
- das Tätigkeitsprogramm beigefügt worden ist, welches einen Teil des Voranschlages bildet.

Das Kollegium der Rechnungsprüfer

stellt fest, dass

1. der Voranschlag nach den Kriterien einer privatrechtlichen Buchhaltung erstellt wurde, die den allgemeinen Prinzipien der Buchhaltung laut Art. 23 des Regionalgesetzes Nr. 7 vom 9. August 1982 entsprechen. Die Erstellungskriterien des vorliegenden Programmes, „Voranschlag“ genannt, entsprechen außerdem auch den Bestimmungen des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 254 vom 2. November 2005;
2. wie vom Dekret des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 27. März 2013 und von den mit Rundschreiben des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung vom 12. September 2013 und vom 9. Juni 2015 festgelegten Richtlinien vorgesehen, auch das ein- und mehrjährige Budget, die zur Vereinfachung in einer einzigen Übersicht zusammengefasst worden sind, die Übersicht der voraussichtlichen Kassenein- und –ausgänge nach Missionen und Programmen sowie die Übersicht der Kennzahlen und der erwarteten Bilanzergebnisse erstellt worden sind;
3. durch die gewählten Zuordnungskriterien die Vergleichbarkeit mit dem voraussichtlichen Abschluss des laufenden Geschäftsjahres gegeben ist;
4. die angegebenen Daten einen sofortigen Vergleich mit der voraussichtlichen Bilanz am 31. Dezember 2023 ermöglichen;
5. der wirtschaftliche Ausgleich erwartet wird, da die Gegenüberstellung der Einnahmen, bestehend aus:

Laufende Einnahmen	€	24.231.860
Erträge im Finanzierungsbereich	€	325.000
Außerordentliche Erträge	€	159.050
Gesamtsumme Einnahmen	€	24.715.910

mit der Summe der folgenden Ausgaben:

Laufende Ausgaben	€	24.668.810
Aufwendungen im Finanzierungsbereich	€	0
Außerordentliche Aufwendungen	€	49.100
Abwertung des Anlagevermögens	€	0
Gesamtsumme Ausgaben	€	24.715.910

folgendes Ergebnis ergibt

Gewinn/Verlust	€	0
----------------	---	---



6. die notwendige Liquidität gesichert ist und weder eine Kreditaufnahme, noch eine Kassenbevorschussung notwendig ist;
7. die Ausgaben sich folgendermaßen zusammensetzen:
- | | | |
|--|---|------------|
| Kosten für das Personal im Dienst und im Ruhestand | € | 9.914.400 |
| Kosten für den Betrieb der Ämter | € | 4.941.410 |
| Wirtschaftliche Maßnahmen | € | 7.622.500 |
| Abschreibungen und Rückstellungen | € | 1.959.000 |
| Summe der laufenden Ausgaben | € | 24.666.810 |
| Außerordentliche Aufwendungen | € | 49.100 |
| Abwertung des Anlagevermögens | € | 0 |
| Summe der Ausgaben | € | 24.715.910 |
8. die Kosten für den Betrieb der Ämter von 4.941.410 € wie folgt zusammengesetzt sind:
- | | | |
|--|---|-----------|
| Dienstleistungen | € | 2.962.910 |
| Kosten für die Nutzung von Gütern Dritter | € | 43.500 |
| Verschiedene Verwaltungskosten | € | 1.106.500 |
| Mitgliedsbeiträge | € | 426.000 |
| Institutionelle Organe | € | 402.500 |
| Summe der Kosten für den Betrieb der Ämter | € | 4.941.410 |
9. sich die Einnahmen in der Höhe von 24.231.860 € wie folgt zusammensetzen:
- | | | |
|--|---|------------|
| Jahresgebühr | € | 7.402.000 |
| Sekretariatsgebühr | € | 3.785.170 |
| Beiträge, Zuschüsse und andere Einnahmen | € | 10.559.090 |
| Einnahmen aus Verwaltung von Gütern und Dienstleistungen | € | 2.485.600 |
| Änderung der Warenbestände | € | 0 |
| Summe der laufenden Einnahmen | € | 24.231.860 |
| Finanzerträge | € | 325.000 |
| Außerordentliche Erträge | € | 159.050 |
| Summe der Einnahmen | € | 24.715.910 |
10. vor allem die Jahresgebühr vorsichtig berechnet wurde, indem die letzten von Seiten der Gesellschaft Infocamere zur Verfügung gestellten Daten herangezogen wurden und die vom Gesetzesdekret Nr. 90 vom 24. Juni 2014 eingeführte Reduzierung für das Jahr 2024 im Ausmaß von 50 %, sowie die für die drei Jahre 2023 – 2025 vorgesehene Erhöhung von 20 % berücksichtigt worden sind;
11. im Sinne des Rundschreibens des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung vom 12. September 2013 die Kriterien für die neue Klassifizierung des Voranschlags im ein- und mehrjährigen Budget korrekt angewandt worden sind und dass die im mehriährigen Budget für die Jahre 2025 und 2026 vorgesehenen Beträge glaubwürdig sind;



12. die Übersicht über die Kassenein- und -ausgänge nach den vom Dekret des Ministerpräsidenten vom 12.12.2012 vorgesehenen Missionen und Programmen sowie nach COFOG-Klassifizierungen und nach den vom Dekret des Ministers für Wirtschaft und Finanzen vom 12.04.2011 vorgesehenen SIOPE-Kodexen gegliedert und nach dem Kassenprinzip erstellt worden ist;
13. die Übersicht der Kennzahlen und der erwarteten Bilanzergebnisse im Sinne des Art. 19 des G.v.D. Nr. 91/2011 und laut den vom Dekret des Ministerpräsidenten vom 18.09.2012 festgelegten Richtlinien sämtliche für die Körperschaft geplanten strategischen Zielsetzungen enthält, wobei für jedes Ziel die entsprechende Zuständigkeit, die für die Realisierung vorgesehenen finanziellen Mittel sowie eine Beschreibung und die Zielwerte für jede einzelne Kennzahl zur Bewertung der Erreichung des Ziels angeführt worden ist;

Nach den oben angeführten Überlegungen

b e w e r t e n

die Rechnungsprüfer die veranschlagten Kosten als angemessen und die voraussichtlichen Einnahmen aufgrund einer Analyse des laufenden Geschäftsjahres als gerechtfertigt.

Zusammenfassend wird also bestätigt:

Gesetzmäßigkeitskontrolle

Der Voranschlag für das Jahr 2024 hat aufgrund der Tatsache, dass er vom Kammerrat auf Vorschlag des Ausschusses genehmigt wird, Ermächtigungscharakter und stellt die Höchstgrenze der Kosten dar, welche die Körperschaft ausgeben darf.

Prinzip der Gesamtheit und der Vollständigkeit

Es wird vorerst unterstrichen, dass die erwähnten Prinzipien der Gesamtheit und Vollständigkeit gewährleistet sind, da kein Verwaltungsvorfall vom Voranschlag ausgeschlossen ist und da alle Verpflichtungen im vollen Ausmaße, also ohne Abzug von irgendwelchen zugehörigen Lasten im Ausgabenteil des Voranschlages aufscheinen.

Prinzip der Wahrhaftigkeit

Auch diese wichtige Voraussetzung der Wahrhaftigkeit ist gewährleistet durch den Umstand, dass die vorgesehenen Kompetenzeinnahmen der Realität entsprechen, d.h. dass die angezeigten Geldmittel nicht überschätzt sind oder künstlich in der Bilanz angeführt sind, um den fiktiven Ausgleich des Voranschlages zu erwirken. In gleicher Weise rühren die vorgesehenen Kompetenzausgaben nicht von improvisierten Beurteilungen oder von durch Verschleierung von Tatsachen erreichten Erfordernissen und Vorteilen her, sondern die Ausgaben wurden auf Grund von objektiven technischen - juristischen Kriterien erstellt.

Prinzip der Ganzheit des Voranschlags

Der Gesamtbetrag der Geldmittel hat, mit Ausnahme der Einnahmen, welche eine vinkulierte Bestimmung haben, eine einzige unterschiedslose Zweckbestimmung: alle Geldmittel fließen



einem einzigen gemeinsamen und unteilbaren Fond zu, mit dem einzigen Ziel, alle Ausgaben der Körperschaft zu decken.

Prinzip der Transparenz

Diese grundlegende Voraussetzung wurde vom Kollegium geprüft und festgestellt, dass die Transparenz auf Grund einer klaren Spezifikation der einzelnen Ausgaben sowie der Einnahmen, ohne Berücksichtigung ihrer Bestimmung, gegeben ist.

Investitionen

Die Gesamtheit der von der Verwaltung geplanten Investitionen wurde für das kommende Geschäftsjahr in der Höhe von 955.000 € vorgesehen. Die Investitionen betreffen in erster Linie energetische Maßnahmen am Merkantilgebäude sowie am Sitz in der Südtiroler Straße sowie die Ausarbeitung eines neuen Brandschutzplans.

Wirtschaftslage

Eine Analyse der Wirtschaftslage wie sie aus dem Voranschlag hervorgeht, bestätigt die Anstrengungen und den Erfolg der Körperschaft, den normalen Tätigkeitsbetrieb aus gesicherten Einnahmen zu decken, was auch durch den Regionalbeitrag erfolgt.

Der erhebliche Anstieg der Energiekosten und der allgemeine Preisanstieg, sowie der Übergang der Immobilie vom Sonderbetrieb an die Handelskammer erschweren die Abschätzung der anfallenden Ausgaben.

Der Voranschlag schließt mit einem Verlust von 500.000 €, der durch die im Vermögen verbuchten Vorjahresgewinne gedeckt werden muss.

Nachhaltigkeit

Im Jahr 2015 hat die UNO die Agenda 2030 genehmigt, welche 17 Ziele für eine nachhaltige Zukunft enthält. Die Handelskammer und der Sonderbetrieb Institut für Wirtschaftsförderung bemühen sich, sich an der Erreichung der festgelegten Ziele zu beteiligen und legen jährlich Tätigkeiten zur Erreichung derselben fest. Was die Maßnahmen für das kommende Geschäftsjahr anbelangt, wird auf das Tätigkeitsprogramm 2023 verwiesen.

Die Inanspruchnahme von Krediten

Die Körperschaft hat keine Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten.

Personal

Die Gesamtausgaben für das Personal und Zusatzspesen, ausgenommen die regionale Wertschöpfungssteuer IRAP und verschiedene Zusatzspesen, belaufen sich auf 9.914.400 €, entsprechend etwa 40 % der laufenden Ausgaben.

Der angesetzte Betrag erscheint der Anzahl der Angestellten angemessen.



Kassenvorschüsse

Die Körperschaft sieht nicht vor, Kassenvorschüsse zu verwenden, da der nun beim Einheitsschatzamt angesiedelten Fond über genügend Rücklagen verfügt, um die Ausgaben des Jahres bewältigen zu können.

Klarheit und Information

Die dem Kollegium der Rechnungsrevisoren zur Verfügung gestellten Ausarbeitungen sind durch eine lobenswerte Klarheit und durch eine Reihe nützlicher und notwendiger Zusatzinformationen gekennzeichnet, die dem Benützer die Auswertung wesentlich erleichtern.

Anmerkungen zum vorgesehenen Ergebnis

Das Kollegium nimmt zur Kenntnis, dass die vorgesehenen Salden aufgrund vorsichtiger Bewertungskriterien der Einnahmen und umsichtiger Kriterien bei der Bewertung der Ausgaben berechnet worden sind und sich das Ergebnis deshalb noch erheblich verbessern könnte.

Gutachten zum Voranschlag

Das Kollegium bestätigt, dass die im Dekret des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen vom 27. März 2013 und in den Rundschreiben des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung vom 12. September 2013 und 9. Juni 2015 enthaltenen Kriterien zur Klassifizierung des Voranschlags und der entsprechenden Anlagen eingehalten worden sind.

Aufgrund aller angeführten Argumente und der Glaubwürdigkeit der Gesamtheit der Einnahmen und Ausgaben, gibt das Kollegium der Rechnungsprüfer ein positives Gutachten zum Voranschlag des Jahres 2024 ab.

Bozen, 10. November 2023

Das Kollegium der Rechnungsprüfer:

unterzeichnet
- dott. Peter Glierà –

unterzeichnet
- dott.ssa Katrin Teutsch –

unterzeichnet
- dott.ssa Giorgia Daprà -